

sprechende gesellschaftliche Akzeptanz finden. Das dies selbst in Deutschland nicht auf Dauer unmöglich bleiben muss, verdeutlicht das Beispiel rot-roter Koalitionen in Ostdeutschland und insbesondere in der jahrzehntlang tief gespaltenen Ost-West-Stadt Berlin.

Eine linke Reformalternative im 21. Jahrhundert verlangt deshalb nicht einfach eine Neuauflage eines »linken Blocks«, sondern eine Neuformierung und eine Erneuerung der Linken auf der Grundlage der neuen gesellschaftlichen

Spannungslinien und Herausforderungen. Für den politischen Wettbewerb und für die demokratische Zukunftsgestaltung des Landes könnte das nur von Vorteil sein.



Rolf Reißig
ist Professor für Sozial- und Politikwissenschaften am Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e.V.)
r.r.reissig@web.de

Michael Brie

Die Linkspartei – Partner für eine Reformalternative

Einer der Vordenker der PDS begründet, warum die LINKSPARTEI mehr ist als bloßer Konkurrent von SPD und GRÜNEN. Mittelfristig hält er eine »alternative Reformkoalition« der Linken für möglich.

Das Jahr 2007 wird den zweiten Strukturbruch im deutschen Parteiensystem seit den späten 70er Jahren vollenden – nach der ökologisch-libertären Modernisierungspartei DIE GRÜNEN hat sich nun DIE LINKE etabliert und die Konfliktlinie – soziale Regulierung *versus* Marktfreiheit – parteipolitisch reaktiviert. Im Folgenden werden *erstens* die oben genannten Annahmen präzisiert, *zweitens* Gründe für eine Wende hin zu sozialen, demokratischen und ökologischen Reformen genannt und *drittens* Chancen einer gemeinsamen alternativen Reformkoalition von SPD, GRÜNEN und LINKSPARTEI als Teil einer erneuten Linkswende der bundesdeutschen Gesellschaft wie nach jener zum Ende der 60er Jahre benannt.

Schien die PDS als Partei mit der verlorenen Bundestagswahl 2002 fast allen Beobachtern am unausweichlichen Ende, so hatten sich doch in der bundesrepublikanischen Gesellschaft unter der Oberfläche

der Stabilität die Elemente eines Bruchs gebildet. Wenig später wurde durch den Autor das Konzept eines Zusammengehens von PDS »mit anderen linken sozialen Kräften« (*PDS Plus*) entwickelt. Grundlage dafür war die These: »Die Entsicherung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche und der Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung sind zu einer grundlegenden Bedrohung der Mehrheit der Bevölkerung geworden. Die Gefahren eines Absturzes »nach unten« sind drastisch gewachsen. Es bedarf eines Richtungswechsels gegenüber der Politik von Rot-Grün wie Schwarz-Gelb, der auf einem neuen Gesellschaftsvertrag basiert, um Flexibilisierung und Individualisierung mit sozialer Sicherheit, Gerechtigkeit und demokratischer Gestaltung zu verbinden... Eine solche Position kann relevante Minderheiten für sich gewinnen und zu einem relevanten Machtfaktor werden.«

Die Linke als dauerhafte politische Kraft

Die Gründung der WASG im Frühjahr 2004 hat jene politischen Elemente eines solchen neuen Machtfaktors aus dem Bündnis von gewerkschaftlichen Kräften, die sich von der SPD abwandten, und westdeutschen linken intellektuellen Akteuren geschaffen, über die die PDS nie verfügte. Die Anti-*Hartz-IV*-Demonstrationen im Hochsommer und Frühherbst des gleichen Jahres haben deutlich gemacht, dass starke soziale Gruppen nicht mehr politisch öffentlich repräsentiert sind und dies nicht mehr hinnehmen wollen. Die Wahlen 2004 signalisierten die ungebrochene regionale Stärke der PDS und das Repräsentationsvakuum links von der SPD. Mittlerweile ist klar, dass die LINKSPARTEI zumindest in den Gruppen der »bedrohten Arbeitnehmermitte«, des »abgehängten Prekariats« (d.h. neuer subproletarischer Schichten) und der kritischen Bildungsbürger hinreichend Unterstützung findet, um im Westen Deutschlands mittelfristig stabil fünf Prozent und mehr an Wählerinnen und Wählern zu gewinnen und im Osten Deutschlands linke Volkspartei mit zwanzig bis dreißig Prozent der Stimmen zu bleiben. Dies wird ihr auch durch die SPD kaum mehr zu nehmen sein.

Die Vereinigung von PDS und WASG hat die gewerkschaftliche Verankerung der LINKSPARTEI gesichert und die Zahl der bundesweiten Aktivistinnen und Aktivisten deutlich erhöht. In der Führungsschicht der neuen Partei ist eine breite Gruppierung von ostdeutschen Parlamentarierinnen und Parlamentariern, Gewerkschaftern, bewegungsorientierten Politikerinnen und Politikern und linken Intellektuellen vertreten. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, in der bundesdeutschen Zivilgesellschaft im breitesten Sinne Fuß zu fassen. Dies wird einige Jahre dauern, aber die Chancen für einen Erfolg sind hoch.

Entgegen vieler Voraussagen hat sich gezeigt, dass die tragenden Kräfte von PDS und WASG über einen hinreichenden Wertekonsens verfügen und auch in der Lage sind, auf dieser Grundlage die minimale notwendige strategische Zielübereinstimmung herzustellen. Dieser Konsens einer solidarischen Gesellschaft kommt in folgender Passage des vorläufigen Programms der LINKEN zum Ausdruck: »Unsere Alternative zu diesem entfesselten Kapitalismus ist die solidarische Erneuerung und konsequente demokratische Gestaltung der Gesellschaft. Die Vielfalt individueller Lebensentwürfe und das Aufbrechen traditioneller Rollen der Geschlechter begreifen wir als eine Chance für Individualitätseinfaltung, deren Basis es durch materielle und soziale Sicherheit kollektiv zu sichern gilt. Wir wenden uns gegen eine Politik des ›Forderns und Förderns«, die Arbeitslosigkeit zum individuellen Problem erklärt. Stattdessen wirken wir für gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die Arbeit und Persönlichkeitsentwicklung für alle Menschen ermöglichen. Ein grundlegender Politikwechsel für eine sozial gerechtere Gesellschaft erfordert, die Idee der Solidarität mit Antworten auf neue gesellschaftliche Herausforderungen zu verbinden.« Eine erneuerte Sozialstaatsorientierung wird, so der Anspruch, mit Selbstbestimmung und Solidarität verbunden.

Die neue LINKSPARTEI steht dabei vor der Herausforderung, die sie prägenden strukturellen Widersprüche produktiv zu bearbeiten und in ein gemeinsames Projekt zu integrieren – die Differenz zwischen ostdeutscher Volkspartei und westdeutscher Protestpartei, zwischen den ostdeutschen Parlamentarierinnen und Parlamentariern und den westdeutschen Gewerkschaftern (den beiden stärksten Aktivistengruppen der neuen Partei), zwischen der starken Unterstützung aus dem Unten der Gesellschaft und ihrer verunsicherten Arbeitnehmermitte einerseits

und den kritisch-solidarischen Bildungseliten andererseits, zwischen sozialautoritären und soziallibertären Tendenzen, zwischen Politik in Deutschland und zugleich in Europa und international. Dies wird zum einen nicht ohne die inhaltliche Erweiterung des parteipolitischen Projekts möglich sein (Nachhaltigkeit, Leben in einer alternden Gesellschaft, Migration, Nord-Süd, Krieg-Frieden usw.) und andererseits eine intensive Arbeit in Richtung sozialer und kultureller Verankerung einer umbrechenden Zivilgesellschaft verlangen. Und wie jede heutige Partei links von der Sozialdemokratie steht die offene Frage nach den politischen Bewegungsformen zwischen einer sich aus guten Gründen radikalierenden Kapitalismuskritik und einer ernsthaften Reformpolitik. Das Konzept einer Transformation, die bei dem Hier und Heute ansetzt und auf die Zurückdrängung der Profitdominanz in Wirtschaft und Gesellschaft abzielt, könnte dafür ein Ausgangspunkt sein.

Eine Wende ist möglich

Schon nach dem zwischen SPD und CDU/CSU extrem knappen Wahlausgang von 2005 begann die Diskussion der Wahlarithmetiker. Rechnerisch schien Schwarz-Gelb-Grün genauso möglich wie Rot-Gelb-Grün und Rot-Rot-Grün. Selten zuvor waren so viele Koalitionen in der Diskussion. Die Entscheidung für die Koalition von CDU/CSU und SPD hatte aber mehr für sich als die bloße Macht der Zahlen. Die Wähler hatten dem Kurs von Reformen, die die Macht, das Vermögen, die Einkommen von unten nach oben, von Ar-

beitnehmern zu Arbeitgebern, von den Konzernen des Modells Deutschland zu internationalen Fonds verteilten, eine deutliche Absage erteilt. Nur mit Mühe konnten sich CDU und CSU gegenüber einer SPD behaupten, die in den Monaten vor der Wahl gegen ihre eigene *Agenda 2010* und der damit verbundenen »Heuschreckenplage« Propaganda machten. Was heraus kam an Mehrheitswillen, ist nun Regierungspraxis – ein *muddling through* zwischen Fortsetzung neoliberaler Reformen und sehr halbherzigen Versuchen ihrer sozialstaatlichen Eindämmung, die sich in den Diskussionen zu Mindestlöhnen, Kinderbetreuung, Gesundheitsreform usw. zeigen.

Die bundesdeutsche Gesellschaft ist durch eine Spaltung zwischen den Eliten und großen Teilen der Bevölkerung geprägt. Erstere sind durch einen ausgeprägten Leistungsindividualismus gekenn-

zeichnet; sie sind Gegner umverteilerender staatlicher Eingriffe und Regulierungen und streben die Auflösung der Solidarsysteme an. Hauptträger dieser Überzeugungen sind die »Leistungsindividualisten« und die »etablierten Leistungsträger«, die zusammen rund ein Viertel der deutschen Gesellschaft ausmachen. Sie würden Entscheidungen am liebsten auf der Basis der autoritären Durchsetzung von Beschlüssen der »Fachleute« herbeiführen. Ihr Leitbild ist die Marktgesellschaft der Einzelnen als Unternehmer ihrer Arbeitskraft und Daseinsvorsorge. Dieser neoliberalen Elite stehen in den oberen Schichten die kritischen Bildungseliten und das engagierte Bürgertum, in der Mitte der Gesellschaft vor allem die »bedrohte Arbeitnehmermitte« sowie das alte und neue Unten gegenüber, die für Vorstellungen einer solidarischen Gesellschaft, eines vorsorgenden und regulierenden Staates sowie einer starken Gemeinwohlorientierung offen sind. Die Differenzen der übergroßen Mehrheit der bundesdeutschen Gesellschaft liegen vor allem im Bereich der Offenheit und Liberalität oder Geschlossenheit und des Autoritarismus – in Abhängigkeit vor allem von den Chancen auf den heutigen Arbeitsmärkten und den dadurch bestimmten Lebenslagen.

Die Mehrheit der Bevölkerung aber ist weiterhin dem Leitbild einer sozialstaatlich integrierten Gesellschaft mit sozialer Gerechtigkeit und starker demokratischer Beteiligung verhaftet. Der jetzige wirtschaftliche Aufschwung wird die Spaltung der Gesellschaft nicht beenden und die Verunsicherung der Lebensperspektiven nicht verringern. Bei vielen gewinnt deshalb dieses Leitbild angesichts der Erfahrungen der zurückliegenden Jahre an Kraft. Sie befürworten Eingriffe in die Rechte der großen Kapitalorganisationen und halten an der Maxime fest: »Eigentum verpflichtet« und der Staat hat das Recht, diese Pflichten geltend zu machen. Entgegen der politisch und medial verbreiteten

Vorstellungen ist diese Mehrheitsmeinung aber keinesfalls *per se* rückwärtsgerichtet und kontraproduktiv. Ihr entsprechen durchaus positive Erfahrungen anderer Länder.

International waren, gemessen an Wachstum und Beschäftigung, vor allem zwei Modelle im letzten Jahrzehnt besonders erfolgreich – das angelsächsische und das skandinavische (ein Wachstum von rund 20 bis 25 % und eine Arbeitslosenquote bei rund 5 %), während der kontinentaleuropäische Weg Deutschlands, Frankreichs oder Italiens eher unterdurchschnittliche Ergebnisse brachte (rund 10 % Wachstum und 10 % Arbeitslosigkeit). Bezogen auf ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gleichheit und den *Human Development Index* insgesamt schneiden die skandinavischen Länder gegenüber den USA und Großbritannien sowie Deutschland, Frankreich und Italien durchgehend überdurchschnittlich besser ab. Eine Politik konsequenter Nachhaltigkeit, intensiver europäischer Kooperation und globaler Solidarität kann einerseits wachstumsfördernd und andererseits sozial integrierend wirken, zum ökologischen Umbau beitragen und die Lebensweisen den Bedingungen begrenzter Ressourcen auf gerechtere Weise anpassen. Es gibt keinen sachlichen Grund für die *Agenda 2010* oder den Kurs der Großen Koalition. Eine klare Wende hin zu einer wirklich sozialen und ökologischen Reformpolitik ist sinnvoll und als alternative *Agenda 2020* möglich.

Die Vorherrschaft des Neoliberalismus brechen

Die SPD hat unter Helmut Schmidt einen schleichenden Verfall ihrer Regierungsmacht erlebt, als sie Reformen einleitete, die den Interessen ihrer damaligen sozialen Basis zuwiderliefen. Sechzehn Jahre war sie in der Opposition. Im Gefolge der *Agenda 2010* ihres Bundeskanzlers Gerhard Schröder hat sie wiederum die Macht

verloren. Auch in der Großen Koalition werden der CDU eher die wirtschaftlichen Erfolge und der SPD die soziale Halbherzigkeit zugerechnet. Die SPD kann nicht von einer primär marktliberalen Politik profitieren, da ihr dies gleichermaßen ihre soziale Basis nimmt und ihre Glaubwürdigkeit zerstört. Mit der Ausprägung der FDP als Partei einer neuen wirtschaftsbürgerlichen Radikalität hat dieser frühere Partner sich zudem in deutlichen Gegensatz zur SPD begeben. Mit einer bloßen sozialen Ausgleichfunktion wird sich die SPD mittelfristig bei höchstens 30 bis 35 % der Wählerstimmen stabilisieren und eine hegemoniale Stellung verfehlen. Langfristig ist sogar ihre Stellung als große linke Volkspartei bedroht.

DIE GRÜNEN sind ohne wirkliches gemeinsames Projekt in die Regierung mit Schröder gegangen. Sie haben sich einerseits als Partei dabei gefestigt und ihre Rolle als libertäres und ökologisches Korrektiv unter Beweis gestellt. Diese Funktion war jedoch begrenzt, weil die Gesamtpolitik in eine andere Richtung wies. So blieben sie eine partikulare Milieupartei.

Beide Parteien, SPD und Grüne, könnten meines Erachtens von einer ernsthaften sozialen und ökologischen Reformpolitik wesentlich deutlicher profitieren als von einer Fortsetzung der jetzigen Politik, die im Widerspruch zu den ihnen von den Bürgerinnen und Bürgern zugeschriebenen Kompetenzen steht. Sie werden zusätzlich herausgefordert durch die wachsenden sozialen, ökologischen, demokratischen und internationalen Probleme und das Bewusstsein sehr vieler Bürgerinnen und Bürger, dass die in den letzten drei Jahrzehnten gewählten marktradikalen und interventionistischen Mittel letztlich nicht erfolgreich waren. Noch steht dieser Erkenntnis ein marktliberales Reformbewusstsein entgegen. DIE GRÜNEN setzen auf eine »grüne Marktwirtschaft« und die SPD auf einen

»vorsorgenden Sozialstaat« auf der Basis eines Kapitalismus, in dem die großen Finanzfonds eine immer entscheidendere Rolle spielen. Noch sind deshalb die Voraussetzungen für ein gemeinsames linkes Reformprojekt nicht gegeben. Ohne starke gesellschaftliche Bewegungen, ohne die Überzeugungskraft breit geteilter Alternativen, ohne die Erfahrungen langfristiger Ohnmacht bei SPD und GRÜNEN werden sie auch nicht entstehen.

Die neue Partei DIE LINKE hat sich auf einen langen Marsch und überraschende Wendungen gleichermaßen einzustellen. Ihr strategisches Hauptziel wird die Schaffung einer breiten alternativen Reformkoalition sozialer, politischer und kultureller Kräfte sein, die auf eine solidarische Gesellschaft zielen. Dieser Koalition stehen vor allem die Überzeugungsmuster der herrschenden Eliten entgegen, deren Hegemonie erschüttert ist. Eine überzeugende und glaubwürdige Entwicklung von Grundlagen einer Reformpolitik steht auf der Prioritätenliste der neuen Partei ganz oben. Eine die Profitdominanz über die Gesellschaft zurückdrängt und den *Stakeholdern* der Gesellschaft, den Belegschaften, den Kommunen, den nachwachsenden Generationen usw. einen größeren Einfluss gibt, und Macht und Eigentum der demokratischen sozialen Verfügung unterwirft. Auf dem Wege dahin dürfte die kulturelle, politische und soziale, die kommunale und betriebliche Verwurzelung in der Zivilgesellschaft am Wichtigsten sein. Eine Beteiligung an Landesregierungen in Ost wie West, die dieser Politik auf überzeugende Weise verpflichtet ist, kann zu einer der Voraussetzungen der Vorbereitung einer neuen breiten alternativen Reformkoalition werden.

Die Vorherrschaft des Neoliberalismus in der deutschen Gesellschaft kann zu Ende gehen. Ein Gesellschaftsvertrag der gesellschaftlichen Mitte und des neuen Unten auf der Grundlage einer anderen

Wirtschafts- und Sozialpolitik gewinnt Konturen. Damit wird mittelfristig auch ein politisches Mitte-Links-Bündnis möglich, das zu einem der verschiedenen Motoren einer neuen und anderen Reformpolitik werden kann, bedingungsvoll, transparent, projektorientiert, wirkend in vielen Netzwerken. Bevor es so weit ist und damit es so weit kommt, werden noch viele Kämpfe zu fechten sein, wird DIE LINKE aus einer strategischen Minderheitenposition versuchen, Kräfteverhältnisse, Einstellungen und Bündnisse zu beeinflussen und zu verändern, Projekte

der Verteidigung der Bedingungen sozialer und demokratischer Politik offensiv vertreten und den Boden zu bereiten suchen für eine neue Linkswende der bundesrepublikanischen Gesellschaft, die Freiheit und Gleichheit in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts solidarisch verbindet.



Michael Brie (*1954)
ist Stellvertretender Vorsitzender
des Vorstandes und Leiter des
Bereiches Politikanalyse bei der
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG.
brie@rosalux.de

Ludwig Stiegler

Ein Linksbündnis meistert keine Herausforderung der Zukunft

Der bayerische Landesvorsitzende der SPD sieht keine Möglichkeiten eines Linksbündnisses, solange die sogenannte LINKE sich nur als Protestpartei gegen jedwede Veränderung versteht und fortlaufend nationalen Protektionismus predigt, gewürzt mit einer unbekömmlichen Prise Fremdenfeindlichkeit. Der Entwurf der Sozialdemokratie müsse dagegen europäisch buchstabiert sein.

Was kommt nach den Zeiten der Großen Koalition? Wir schreiben erst 2007, das nicht geliebte, aber von den Wählerinnen und Wählern so gewollte Zweckbündnis auf Bundesebene hat noch zwei Jahre vor sich. Zwei Jahre, in denen wir – allen Schwierigkeiten zum Trotz – unseren Wählerauftrag befolgen und Politik machen sollten. Politik, so gut es eben geht, wenn zwei Parteien zur Zusammenarbeit verpflichtet sind, die mehr trennt als verbindet. Statt aber über die politische Arbeit zu berichten, über die Projekte der schwarz-roten Wahlverwandtschaft in Berlin, ihre Erfolge und natürlich auch ihre Differenzen, sprießen seit Wochen in allen ernst oder weniger ernst zu nehmenden Blättern dieser Republik die Spekulationen: Wer trifft sich mit wem? Wo wird was wie besprochen? Welches Ber-

liner Restaurant dient welchen Geheimtreffen, die ja so geheim nicht sein können, wenn zwei Tage später bereits über sie berichtet wird? Rot-Grün, Schwarz-Gelb, Ampel, Jamaika – sämtliche Varianten werden an-, durch- und bis zum Überdross ausdiskutiert.

In diesen Tagen, nach dem Wahlsieg mit Einbußen der SPD in Bremen und dem Einzug der LINKSPARTEI in die Bremer Bürgerschaft, ist vor allem die Frage nach der Zukunft eines rot-roten Bündnisses auf Bundesebene wieder zum journalistischen Gassenhauer geworden.

Mal abgesehen davon, dass ich es für fatal halte, den Wählerinnen und Wählern auf diese Art und Weise vorzugaukeln, ihre Abgeordneten befassten sich nur mit ihren Aus- und Absichten für das Jahr 2009 anstatt mit aktuellen Problemen und